

Fachplanungsleistungen Freianlagenplanung

OGS- Ausbau und Anbau Katharinenschule

Verfahren Teilnahmewettbewerb

Teil 1

I. Angaben zum Auftrag

1. Auftraggeber

Kreisstadt Unna
Rathausplatz 1,
59423 Unna,

- Im folgenden Auftraggeberin-

2. Vorhaben und Auftrag

Mit dem künftigen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen (OGS) werden sich Raumbedarfe verändern, sodass eine Anpassung der räumlichen Konzeption von Schulen und ihrer Ganztagsbereiche erforderlich ist. Um dem gerecht zu werden, hat der Rat der Kreisstadt Unna den Umbau bzw. die Sanierung der Katharinenschule beschlossen.

Die Katharinenschule wird als dreizügige Grundschule geführt. Von den gegenwärtig ca. 300 Schüler: innen soll zukünftig, aufgrund des Rechtsanspruchs auf eine offene Ganztagschule, eine 100 %ige Auslastung der OGS möglich sein.

Zur Umsetzung dieses Konzeptes sind die Innenräume den neuen Nutzungsanforderungen durch bauliche Veränderungen anzupassen, und die Bestandsgebäude zu sanieren. Weiterhin ist ein eingeschossiger Anbau an der Nordseite des Bestandsgebäudes/ Haus 2 geplant. Dieser soll die neue Küche und den Speiseraum, inclusive Nebenräumen behergen.

Der Schulstandort ist mit Kraftfahrzeugen im Norden über die Schillerstraße und im Westen über die Bornekampstraße zu erreichen.

Die Schule besteht aus einem Ensemble mehrerer zusammenhängender Gebäudeteile unterschiedlicher Baujahre. Das historische Schulgebäude (Haus 2) aus dem Jahr 1888 umfasst neben dem Souterrain drei Vollgeschosse und ein nicht ausgebautes Dachgeschoss. Auch das später errichtete Erweiterungsgebäude Haus 1 mit dem jetzigen Haupteingang umfasst drei Geschossebenen plus Souterrain. Rechtwinklig hierzu schließen sich sowohl die Einfachturnhalle als auch die Räumlichkeiten der ehemaligen Hausmeisterwohnung an (Haus 3), die mittlerweile weitestgehend im Rahmen der Ganztagsbetreuung genutzt werden. Die drei Gebäudeteile fassen den Schulhof L-förmig im Westen und Süden ein. Ein weiterer Anbau (Haus 4) umfasst zwei Geschossebenen: im Erdgeschoss sind Nebenräume des Freibads, in erster Linie Umkleiden und Sanitärräume, angeordnet, während das Obergeschoss ausschließlich von der OGS genutzt wird. Allen Gebäudeteilen gemein sind zueinander versetzte Höhen der Geschossebenen, im Falle des westlichen Anbaus des Hauses 2 als Split-Level.

Für die Ganztagsbetreuung wurde 2017 ein eingeschossiges Modulgebäude mit zwei Betreuungsräumen auf dem Schulhof platziert, welches im Zuge des letzten Bauabschnittes zurückgebaut werden soll.

Der Um- und Anbau bzw. die Sanierung der Katharinenschule soll durch Fördermittel finanziert werden, und ist daher bis zum 31.12.2029 umzusetzen.

2023/2024 wurde zur Vorbereitung der Baumaßnahme eine Schadstoffbeprobung des Gebäudes durchgeführt, die ein heterogenes Bild ergeben hat. Schadstoffe liegen u. a. in Form von Asbest in Putz und Spachtelmassen in diversen Bauteilen vor.

Im Jahr 2025 wurde eine Untersuchung der Grundleitungen, mit Hilfe einer Kamerabefahrung durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind dem Verfahren als Anlage beigefügt, und in der Planung und Ausführung unbedingt zu berücksichtigen.

Leistungsumfang der Freianlagenplanung:

Bezogen auf den verbindlichen Fertigstellungstermin und die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs ist eine Umsetzung der Maßnahme in mehreren Bauabschnitten (derzeit 3) erforderlich.

Die Bauabschnitte für den Um- und Anbau sind unter Einbeziehung der erforderlichen Schadstoffsanierungen noch genauer zu planen.

Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind Fachplanungs- und Ingenieurleistungen des Leistungsbildes Freianlagenplanung gemäß § 3 Abs.2, § 39 HOAI für die Umsetzung des Bauvorhabens. Wegen der Einzelheiten wird auf die Leistungsbeschreibung und den Vertrag verwiesen.

Mit Auftragserteilung werden zunächst die Leistungen der Leistungsstufe 1, d.h. die Leistungen der Grundlagenermittlung Vorplanung, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung beauftragt.

Die Auftraggeberin ist berechtigt, die weiteren Leistungen der „Stufe 2“, d.h. der Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe, Objektüberwachung, Objektbetreuung durch spätere, gesonderte, schriftliche Beauftragung ganz oder teilweise zu beauftragen.

II. Angaben zum Verfahren

1. Art des Verfahrens

Das vorliegende Verfahren wird unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 17 VgV durchgeführt. Die Auftraggeberin behält sich hierbei ausdrücklich die Zuschlagserteilung auf das Erstangebot vor.

2. Elektronische Kommunikation

Die elektronische Vergabe wird in diesem Vergabeverfahren über die Vergabeplattform des „Vergabemanagementsystem“ (kurz: VMS) abgewickelt. Dies betrifft die Bereitstellung der Vergabeunterlagen sowie die Kommunikation (z.B. Bieterfragen) zwischen Vergabestelle und Bietern. Fragen- und Antwortkatalog, Änderungen und Ergänzungen sowie Hinweise zum Vergabeverfahren werden ausschließlich über die Vergabeplattform bekanntgegeben. Auch Angebote können nur elektronisch über die Vergabeplattform eingereicht werden.

Der Zugang zur Bieterkommunikation, zur Information über Änderungen im laufenden Verfahren, zur Abgabe elektronischer Angebote und zum Abruf der Vergabeunterlagen erfordern eine Registrierung beim. Für eine Angebotsabgabe ist eine Registrierung auf dem Vergabesatellit Metropole Ruhr erforderlich.

Fragen zum Vergabeportal, dem Bietertool und andere technische Fragen sind an den Support von Cosinex zu richten. Informationen sind unter

<https://support.cosinex.de> zu finden.

Die AG stellt den Beteiligten die Vergabeunterlagen nur auf der Vergabeplattform VMS in elektronischer Form zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, hat der Interessent / Bieter / die Bietergemeinschaft die AG hierüber umgehend zu informieren. Die Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut elektronisch übersandt. Die Beteiligten sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Unterlagen vollständig zu öffnen sind.

Die Interessenten / Bieter / Bietergemeinschaften werden aufgefordert, die Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten und Widersprüche zu überprüfen. Enthalten diese nach der Auffassung des Bieters / der Bietergemeinschaft Unklarheiten, Widersprüche oder Unvollständigkeiten, insbesondere solche, die Inhalt oder Vollständigkeit des Angebots betreffen, so hat der Bieter / die Bietergemeinschaft die AG umgehend darauf hinzuweisen.

Zulässige Fragen oder sonstige Anliegen des Vergabeverfahrens bzw. die Vergabeunterlagen betreffend sind **ausschließlich über die genutzte E-Vergabeplattform** an die AG zu richten. Auskünfte auf andere Weise (z.B. telefonisch) werden nicht erteilt.

Interessenten / Bieter / Bietergemeinschaften sind gehalten, Fragen möglichst frühzeitig zu stellen. Fragen sollen bis zu dem im Aufforderungsschreiben genannten Termin gestellt werden. Wird diese Frist nicht eingehalten, behält sich die AG vor, mit Blick auf die erforderliche Gleichbehandlung aller Bieter verspätet gestellte Fragen nicht mehr zu beantworten.

Die Fragen werden möglichst zeitnah durch die AG beantwortet und die Antworten allen Interessenten in anonymisierte Form zeitgleich über die E-Vergabeplattform zur Verfügung gestellt.

Mitteilungen der AG an die Bieter / Bietergemeinschaft gelten als zugegangen, wenn diese auf der E-Vergabeplattform eingestellt werden. Bieter / Bietergemeinschaften sind daher im eigenen Interesse gehalten, regelmäßig die E-Vergabeplattform auf Mitteilungen der AG zu kontrollieren.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform verfahrenserhebliche Erklärungen abgeben wird.

Angaben, welche die Vergabeunterlagen ergänzen oder berichtigen, gelten ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe auf der E-Vergabeplattform als verbindliche Bestandteile der Vergabeunterlagen.

3. Ablauf des Verfahrens

Das Verfahren wird in zwei Abschnitten durchgeführt:

Abschnitt 1 – Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen werden in dem Abschnitt 1 öffentlich zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert. Auf der Grundlage der unten dargestellten Kriterien werden die geeigneten Bewerber im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählt.

Abschnitt 2 – Angebots- und Verhandlungsverfahren:

Die Auftraggeberin wird drei bis fünf geeignete Bewerber auswählen und zur Abgabe eines Erstangebots auffordern. Nach der Prüfung der Erstangebote werden die Bieter ggf. zu den Verhandlungsgesprächen eingeladen.

4. Termine

Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge (Teilnahmefrist, § 17 Abs. 2 VgV: mind. 30 Tage)	06.07.2026, 09:00 Uhr
Rückfragen erbeten bis	26.06.2026
Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten (voraussichtlich)	27.07.2026
Rückfragen erbeten bis	17.08.2026
Angebotsfrist für Erstangebote (voraussichtlich, § 17 Abs. 7 S. 2 VgV: mind. 10 Tage)	26.08.2026, 08:59 Uhr
Ggf. Verhandlungstermin (voraussichtlich)	09.09.2026 bis 10.09.2026
Ggf. Aufforderung zur Abgabe von finalen Angeboten (voraussichtlich)	15.09.2026
Ggf. Angebotsfrist für finale Angebote (voraussichtlich)	22.09.2026, 09:00 Uhr
Versendung Informationsschreiben nach § 134 GWB (voraussichtlich)	05.10.2026
Stillhaltefrist (§ 134 Abs. 2 GWB, mind. 10 Tage)	15.10.2026
Zuschlagserteilung (voraussichtlich)	16.10.2026
Bindefrist für das finale Angebot	60 Tage ab Abgabe des jeweiligen Angebots
Beginn der Leistungserbringung	09.11.2026

5. Änderungen / Ergänzungen der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen bestehen aus den folgenden Dokumenten:

- Leistungsbeschreibung
- Bewerbungsbogen
- Honorarblatt

- Vertragsentwurf inkl. Anlagen
- Eigenerklärung – Bezug zu Russland (EU Nr. 833-2014 Russland-Sanktionen)

Sofern während des Vergabeverfahrens Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen oder zusätzliche Informationen bereitgestellt werden, erfolgt dies ausschließlich auf elektronischem Weg über die Vergabeplattform. Die potenziellen Bewerber werden hierüber nur gesondert informiert, wenn sie sich auf der Vergabeplattform registrieren. Anderenfalls obliegt es den potenziellen Bewerbern selbst, regelmäßig zu prüfen, ob auf der Vergabeplattform neue Informationen zum Verfahren bereitstehen.

6. Losaufteilung und Nebenangebote

Eine Vergabe in Losen findet nicht statt. Nebenangebote sind nicht zugelassen.

7. Keine Vergütung der Teilnahmeanträge oder Angebote

Für die Beteiligung an diesem Vergabeverfahren einschließlich der Erstellung der Teilnahmeanträge, der Angebote sowie der Teilnahme an den Verhandlungen mit Präsentation wird von der Auftraggeberin keine Aufwandsentschädigung gewährt. Die vorgelegten Unterlagen werden nur im Rahmen des Vergabeverfahrens bzw. für Prüfungen von Aufsichtsbehörden verwendet.

8. Vertraulichkeit der Informationen und Verfahrensintegrität

Fragen zum Verfahren oder zum Projekt sind über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform an den genannten Ansprechpartner zu richten. Es ist nicht gestattet, zusätzliche oder vertrauliche Informationen über das Verfahren von der Auftraggeberin oder deren Beratern zu erlangen. Ausgenommen sind Informationen, die öffentlich zugänglich sind oder allen interessierten Unternehmen durch die Auftraggeberin zugänglich gemacht werden.

9. Eignungsleihe

Wenn ein Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder die technische und berufliche Leistungsfähigkeit in Anspruch nehmen will, gilt § 47 VgV. Die Auftraggeberin überprüft in diesem Fall im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Sollte diese Prüfung ergeben, dass ein anderes Unternehmen ein entsprechendes Eignungskriterium nicht erfüllt oder dass zwingende oder fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen, muss der Bewerber dieses innerhalb einer von der Auftraggeberin noch zu

bestimmenden Frist ersetzen. Für den Fall, dass ein Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nehmen will, verlangt die Auftraggeberin zudem eine entsprechende gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung.

10. Unterauftragnehmer

Sollte ein Bewerber zum Nachweis der Eignungsanforderungen bestimmte Teilleistungen im Rahmen der ausgeschriebenen Leistungen an einen Unterauftragnehmer weitervergeben, gilt § 36 VgV, sodass der Unterauftragnehmer zu benennen ist und nachzuweisen ist, dass dem Bewerber die Mittel des Unterauftragnehmers zur Verfügung stehen. Ein entsprechendes Formblatt in den Vergabeunterlagen ist zwingend zu verwenden.

III. Teilnahmewettbewerb (Abschnitt 1)

1. Anforderungen an den Teilnahmeantrag

Mit dem Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den untenstehenden Vorgaben nachzuweisen.

Der Teilnahmeantrag ist bis zum

06.07.2026, 9:00 Uhr

ausschließlich elektronisch in Textform über die dafür vorgesehene Funktion der Vergabeplattform DTVP ohne fortgeschrittene/qualifizierte Signatur/Siegel einzureichen.

Die Einreichung der Teilnahmeanträge ist nur registrierten Nutzern möglich. Auf postalischem Wege, per E-Mail oder die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform übermittelte Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen.

Der Teilnahmeantrag besteht aus den folgenden Unterlagen:

- Bewerbungsbogen
- Darstellung der Referenzen auf eigener Unterlage, inklusive Angabe der Mindestanforderungen und Darstellungen derjenigen Angaben, die für den Erhalt von Zusatzpunkten erforderlich sind, auf maximal 2 DIN A4-Seiten (Schriftgröße 12, Zeilenabstand 1,5) pro Referenz
- Eigenerklärung – Bezug zu Russland (EU Nr. 833-2014 Russland-Sanktionen)

- Formblätter Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Anlage 534a / 534b)
- Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (Anlage 533b)
- Formblatt Bewerber-/Bietergemeinschaft (Anlage 531)

Das in den Vergabeunterlagen enthaltene Formblatt Eignung ist für die Erstellung des Teilnahmeantrags zu verwenden. Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein und die in der Bekanntmachung geforderten Angaben und Erklärungen enthalten.

Alle weiteren Unterlagen sind erst in der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens relevant bzw. sind auf gesonderte Aufforderung einzureichen.

Eine Unterzeichnung der Unterlagen ist nicht notwendig. Wichtig ist jedoch, dass im Unterzeichnungsfeld der Name des Unternehmens und der Person angegeben werden, die die Erklärung für dieses abgibt.

Bei Bewerbergemeinschaftserklärungen bzw. Verpflichtungserklärungen von anderen Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe muss erkennbar sein, dass diese Erklärungen vom Bewerbergemeinschaftspartner bzw. anderen Unternehmen abgegeben wurden (z.B.: Diese Erklärungen werden von den Bewerbergemeinschaftsmitgliedern bzw. anderen Unternehmen unterzeichnet).

Die Teilnahmefrist ist eine Ausschlussfrist und endet mit Ablauf der als Einreichungstermin festgesetzten Uhrzeit. Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge werden gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV von der Wertung ausgeschlossen. Das Risiko des fristgerechten Zugangs trägt der Bewerber. Bis zum Ablauf der Teilnahmefrist können die Teilnahmeanträge über die Vergabeplattform zurückgezogen werden.

2. Bewerberfragen

Die Auftraggeberin erteilt Auskünfte zu Bewerberfragen. Die Bewerber haben sich unmittelbar nach Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu versichern. Die Bewerber werden gebeten, Bewerberfragen und -hinweise spätestens bis zum

26.06.2026

ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen.

Die Stellung von Bewerberfragen ist nur registrierten Nutzern möglich.

Der Fragen- und Antwortkatalog wird Bestandteil der Vergabeunterlagen.

3. Prüfung des Teilnahmeantrags

Die Prüfung der Teilnahmeanträge erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

1) Formalprüfung

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen des § 53 VgV genügen. Sofern dies nicht der Fall ist, kann der Teilnahmeantrag nicht mehr berücksichtigt werden. Die Auftraggeberin behält sich jedoch vor, den betreffenden Bewerber unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und Gleichbehandlung aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren.

2) Eignungsprüfung

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Erklärungen und Nachweisen entsprechend den hiesigen Anforderungen grundsätzlich geeignet ist, die in Rede stehenden Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Hierbei werden die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit der Bewerber geprüft.

Die vorgelegten Nachweise und Erklärungen müssen die folgenden Mindestanforderungen erfüllen:

- Eine Eigenerklärung darüber, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen. Hierfür ist die Anlage 521 (Eigenerklärung Ausschlussgründe) zu verwenden. Vor Aufforderung zur Angebotsabgabe können die entsprechenden Bestätigungen angefordert werden.
- Mindestens zwei Referenzen über Freianlagenplanung (mind. LPH 1-8 in den letzten fünf Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge, bis zur LPH 3 erbracht), betreffend ein Immobilienprojekt mit Bauwerkskosten von mindestens 500.000 EUR netto nach DIN 276 (KG 500). Eine der beiden Referenzen muss den Bereich Schulhofgestaltung oder Spielplatzgestaltung betreffen.
- Eine Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung für Personenschäden sowie Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens 2 Mio. EUR je Versicherungsfall (zweifach maximiert) nicht älter als sechs Monate, gerechnet vom Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags oder eine Eigenerklärung darüber, dass im Auftragsfall eine Versicherung mit den o.g. Mindestanforderungen

unverzüglich und noch vor Zuschlagserteilung abgeschlossen wird. Hierfür ist der Bewerbungsbogen zu verwenden.

- Eine Eigenerklärung zum Umsatz des Bewerbers der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre im Bereich der Freianlagenplanung. Dabei ist Voraussetzung, dass der Bewerber mindestens drei Jahre existiert. Weitere Voraussetzung ist, dass der durchschnittliche Unternehmensumsatz der letzten drei Geschäftsjahre (2025, 2024 und 2023) im Bereich der Freianlagenp addiert mindestens 500.000 EUR netto (gerundet) beträgt. Für die Angaben ist der Bewerbungsbogen zu verwenden.
- Eine Eigenerklärung des Bewerbers über die Anzahl der festangestellten oder betriebszugehörigen Mitarbeiter im Bereich der Freianlagenplanung (Ingenieure und/oder Architekten) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die addiert mindestens 2 betragen haben muss. Dabei ist Voraussetzung, dass der Bewerber mindestens drei Jahre existiert. Für die Angaben ist der Bewerbungsbogen zu verwenden.
- Die ausgefüllte Eigenerklärung – Bezug zu Russland (EU Nr. 833-2014 Russland-Sanktionen).

3) Bewerberauswahl

Schließlich wird anhand der hiesigen objektiven Auswahlkriterien beurteilt, welche drei bis fünf als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerber im Vergleich zu den Mitbewerbern besonders geeignet sind und daher am nachfolgenden Verhandlungsverfahren beteiligt werden sollen.

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Anzahl von Bewerbern:

Anzahl der Referenzen des Bewerbers über mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbare Leistungen (Unternehmensreferenzen). Es sind mindestens zwei Referenzen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

An die Referenzen werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

- im Bereich der Freianlagenplanung (mind. LPH 2-8 abgeschlossen in den letzten fünf Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge, mindestens bis zur LPH 3 erbracht),
- mit Bauwerkskosten von mindestens 500.000 EUR netto nach DIN 276 (KG 500),
- Eine der beiden Referenzen muss den Bereich Schulhofgestaltung oder Spielplatzgestaltung betreffen.

Zum Referenznachweis ist je Referenz eine aussagekräftige Kurzdarstellung auf eigener Unterlage (jeweils maximal 2 DIN A4-Seiten, Schriftgröße 12, Zeilenabstand 1,5) einzureichen. Gegenstand dieser Unterlage kann insbesondere die Darstellung derjenigen Angaben sein, die für den Erhalt der Zusatzpunkte erforderlich sind.

Die Darstellung muss jeweils folgende Angaben enthalten:

- Angabe des Auftraggebers unter namentlicher Nennung eines Ansprechpartners mit Telefonnummer und/oder E-Mail-Adresse,
- Angabe des Beginns und der Fertigstellung der erbrachten Leistungen,
- Kurzbeschreibung der vom Bewerber erbrachten Leistungen,
- Angabe der Bauwerkskosten einschl. der Kostengruppen nach DIN 276 (KG 500).

Für jede die v.g. Mindestanforderungen erfüllende Referenz erhält der Bewerber **5 Punkte**.

Für jede dieser Referenzen können folgende Zusatzpunkte erzielt werden:

- | | |
|--|---|
| - Referenz betraf den Bereich Schulhofgestaltung oder Spielplatzgestaltung als Neubau, Anbau- oder Umbaumaßnahme | 2 |
| - Bauwerkskosten lagen über 500.000 EUR netto nach DIN 276 (KG 500) | 1 |
| - Referenzleistung wurde zumindest teilweise durch Fördermittel finanziert | 1 |
| - Referenzleistung umfasste die abgeschlossenenn LPH 1 - 9 | 1 |

Es werden maximal **maximal fünf Referenzen** im Bereich der Freianlagen gewertet. Insgesamt können für sämtliche wertbare Referenzen maximal **50 Punkte** erzielt werden.

Erreichen mehrere Bewerber nach Anwendung der Auswahlkriterien die gleiche Punktzahl, entscheidet das Los (§ 75 Abs. 6 VgV).

Die Auftraggeberin wird die drei bis fünf bestplatzierten Bewerber über die Vergabepattform zur Abgabe eines Erstangebots auffordern und die anderen Bewerber über ihre Nichtberücksichtigung informieren. Die Auswahl der Anzahl der aufzufordernden Bewerber erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen.